

Pressemitteilung der VDW-Studiengruppe „Europäische Sicherheit und Frieden“ zum Auslaufen des New-START-Vertrages am 5. Februar 2026: „Eine historische Phase von nuklearer Rüstungskontrolle und Abrüstung geht zu Ende und die nuklearen Risiken nehmen zu. Europa muss aktiv werden!“

Am 5. Februar 2026 läuft der New-START-Vertrag, der 2011 zwischen den USA und Russland in Kraft trat, endgültig aus. Dies ist eine historische Zäsur, denn nach 50 Jahren erfolgreichen Abrüstungsverpflichtungen und Verifikationsregulierungen gibt es zwischen beiden nuklearen Großmächten keinerlei strategische Rüstungskontrollabkommen mehr. Beide Nuklearmächte, die über 90 Prozent der weltweit ca. 12.300 Atomsprengköpfe besitzen, unterliegen damit nach 35 Jahren keiner rechtlichen Beschränkung mehr, neue Atomsprengköpfe herzustellen und ihre einsatzbereiten Atomwaffenarsenale auszubauen. Zwar wurde eine „Denuklearisierung der Arsenale“ in Aussicht gestellt, der russische und der US-Präsident haben aber bisher keine neuen Gespräche oder Maßnahmen zur nuklearen Rüstungskontrolle initiiert. Im Gegenteil, sie investieren in kostspielige und gefährliche nukleare Modernisierungsprogramme und der Drohung Nukleartests wiederaufzunehmen. Damit riskieren sowohl die USA als auch Russland die Beschleunigung eines nuklearen Wettrüstens, das letztlich von keiner Seite gewonnen werden kann, sowie die verschärfte Fortsetzung nuklearer Weiterverbreitung in und durch andere Staaten.

Seit der Göttinger Erklärung von 1957 hat die VDW bzw. die **VDW-Studiengruppe „Europäischer Frieden und Sicherheit“** immer wieder vor nuklearen Risiken und einem erneuten Rüstungswettlauf gewarnt, so in Stellungnahmen am 25. Oktober 2022 zum potenziellen Einsatz von Atomwaffen im Ukraine-Krieg, am 26. März 2024 zur dringenden Fortsetzung der nuklearen Rüstungskontrolle und am 19. August 2024 vor den ernstesten Konsequenzen der Neustationierung von Mittelstreckenraketen in und um Europa. **Die neue Stellungnahme**, an der Ex-Diplomaten, Militärs, Politik- und NaturwissenschaftlerInnen beteiligt waren, erklärt Details, Fakten und Hintergründe und macht Vorschläge, die aus den eingeschlagenen Wegen aus der Gefahr gerade auch für Europa herausführen können.

In einer Zeit, in der heiße Kriege und völkerrechtswidrige Militäroperationen zunehmen, sind Maßnahmen zur Risikoreduzierung, vertraglichen Berechenbarkeit und Stabilität dringend notwendig, um verlorengegangenes Vertrauen wiederaufzubauen. Die Notwendigkeit eines Nachfolgevertrags für die Begrenzung übervoller Nukleararsenale ist dringend nötig und im Interesse Europas. **Einige Schritte** können helfen, um das sicherheitspolitische Umfeld wieder günstig für weitreichende Friedensverhandlungen zu machen, so eine Erklärung der beiden Präsidenten, die zentralen Regeln und Obergrenzen des New-START-Vertrages einzuhalten und Verhandlungen über strategische Stabilität zu beginnen. Weitere Nuklearwaffenstaaten können erklären, die eigenen nuklearen Arsenale auf den aktuellen Stand zu begrenzen, wenn dies die beiden Supermächte nachprüfbar ebenfalls erklären. Gemeinsame Beschränkungsmaßnahmen würden ein positiveres Umfeld für Gespräche über weitere strategische Reduzierungen, neue Beschränkungen für Mittelstreckenraketen und taktische Atomwaffen, Begrenzungen strategischer Raketenabwehrsysteme und andere Maßnahmen zur Verringerung nuklearer Risiken schaffen. Insbesondere muss sich Europa wieder aktiv an Abrüstungs- und Rüstungskontrolllösungen arbeiten und dies auch mit Russland verhandeln.

Kontakt: Prof. Dr. Götz Neuneck, VDW-Vorsitzender, neuneck@icloud.com oder
VDW-Geschäftsstelle Marienstraße 19/20, 10117 Berlin

Zur Herkunft und Geschichte der VDW

In der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler VDW vernetzen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus allen Disziplinen, die ihre Verantwortung für die Folgen von wissenschaftlicher Forschung und technischer Entwicklung kritisch reflektieren und mit differenzierter Expertise an der gesellschaftlichen Debatte aktiv teilnehmen, vor allem auf den Gebieten Frieden, Klima, Biodiversität und Ökonomie. Die Vereinigung hat sich seit ihrer Gründung 1959 stets zu zentralen Fragen der Europäischen Sicherheit geäußert, so 1957 in der Göttinger Erklärung, 1983 vor der Bundestagsabstimmung über die Mittelstreckenraketen und bei der INF-Problematik 2019. Bei der Gründung der VDW standen Fragen der nuklearen Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle stets im Vordergrund, was sich u.a. in der Beteiligung an der Pugwash-Bewegung widerspiegelt.